



1. Einleitung: Aufgabe und Ziele der Registerstelle

Das Register Spandau ist eine der zwölf Berliner Registerstellen und wurde 2014 beim Träger GIZ gGmbH eingerichtet. Alle Registerstellen werden vom Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS) bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung finanziert und durch unterschiedliche Träger umgesetzt.

Aufgabe der Registerstellen ist das bezirkliche Monitoring mit Recherche, Erfassung, Dokumentation und Auswertung von extrem rechten, rassistischen, antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen und anderen diskriminierenden Vorfällen. Ziel der Arbeit ist das Empowerment der Betroffenen, Vorfälle sichtbar zu machen und die Öffentlichkeit, vor allem diejenigen, die selbst nicht betroffen sind, zu sensibilisieren. Gleichzeitig können die Auswertungen für Politiker*innen wie bezirkliche Akteur*innen als Orientierung bei der Planung von Projekten sein, indem sie ortsteilgenau Entwicklungen im Bezirk aufzeigen.

Die Register recherchieren Vorfälle selbst, erhalten Meldungen von Betroffenen, Zeug*innen oder von bezirklichen Anlaufstellen sowie durch Kooperationspartner*innen (ReachOut¹, RIAS Berlin², Amaro Foro mit DOSTA³ oder Each one Teach one (EOTO e.V.)⁴).

Anlaufstellen sind z.B. Beratungsstellen, Familienzentren oder andere Einrichtungen, die gut im jeweiligen Kiez oder Ortsteil vernetzt sind. Betroffene berichten lieber in vertrautem Kontext von ihren Diskriminierungserfahrungen, die dann mit Einverständnis der Betroffenen anonym an die Registerstelle weitergeleitet werden. Daher ist eine Aufgabe der Register die kontinuierliche Vernetzung im Bezirk, um weitere Anlaufstellen zu gewinnen, mehr Betroffene zu erreichen und das Dunkelfeld weiter zu erhellen.

1 <https://www.reachoutberlin.de>

2 <https://www.report-antisemitism.de/>

3 <https://amaroforo.de/projekte/dosta/>

4 <https://eoto-archiv.de/>

Gefördert durch

im Rahmen von





Die Vorfälle werden in der bezirklichen Chronik auf der Website der Berliner Register veröffentlicht (<https://www.berliner-register.de/register/spandau/vorfalls-chronik/>), ausgewertet und nach der jährlichen, berlinweiten Pressekonferenz in verschiedenen Gremien im Bezirk vorgestellt.

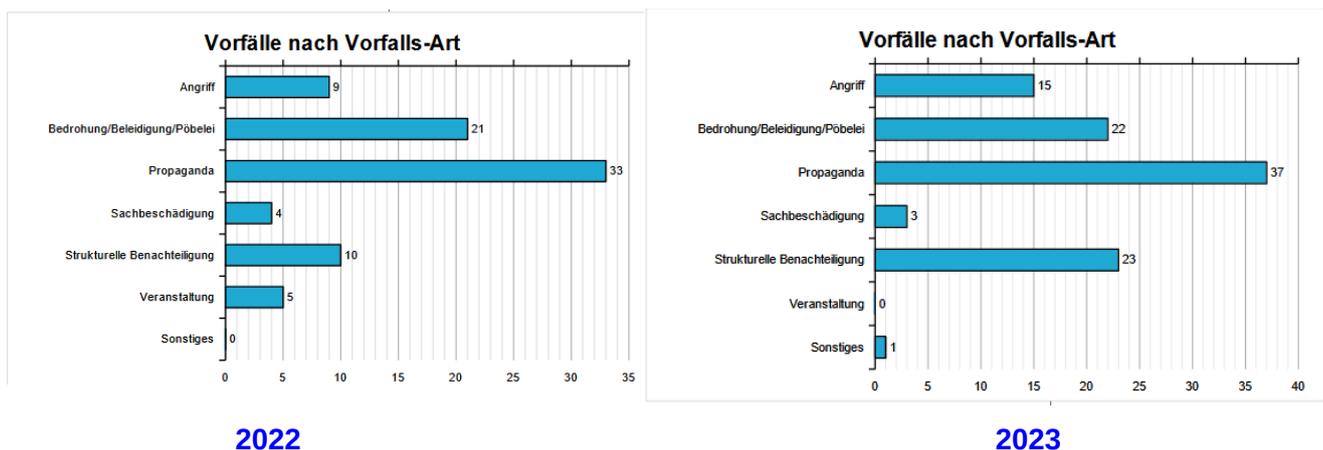
2. Auswertung der Chronik 2023

2.1 Anzahl und Art der Vorfälle 2023

2023 war das Register Spandau mit zwei halben Stellen ausgestattet und hatte daher mehr Ressourcen als 2022 für Recherche, Ausweitung des bezirklichen Netzwerks und Registervorstellungen zur Verfügung. Daher konnte die Anzahl der erfassten Vorfälle auf 101 erhöht werden (2022:82), was etwa dem Niveau von 2021 entspricht, als die Stelle ebenfalls mit zwei Mitarbeiter*innen besetzt war und 106 Vorfälle dokumentiert wurden.

Der bereits 2021 beschriebene Ausfall von polizeilichen Meldungen aufgrund von behördlichen Datenschutzbedenken bestand auch 2023, lediglich die polizeilichen Pressemitteilungen und Daten der KPMD-PMK (Politisch motivierte Kriminalität - rechts) aus einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus standen zur Verfügung.

Grafik 1: Vorfälle nach Vorfallsart



Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	



2023 war – wie 2022 und 2021 auch – die häufigste Vorfallsart in Spandau *Propaganda*, also Sticker, Flyer, Plakate bzw. gesprühte Botschaften (37%). Die Propaganda war überwiegend rassistisch motiviert (30%), diente der Selbstdarstellung (z.B. von "Der III. Weg") oder richtete sich gegen den politischen Gegner. 3 Vorfälle waren antisemitisch motiviert.

Während seit 2014 die Vorfallsarten *Propaganda* und *Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien* in der Häufigkeit immer Rang 1 oder 2 ausmachten, sind 2023 die *strukturellen Benachteiligungen* zweithäufigste Vorfallsart (23%). Diese Vorfälle wurden bis 2019 unter *Sonstiges* kategorisiert, seit 2020 werden sie als eigene Kategorie aufgeführt, da durch berlinweite Kooperationen relevant mehr dieser Vorfälle gemeldet bzw. weitergeleitet werden. Unter *strukturellen Benachteiligungen* verstehen wir Diskriminierungen, die aufgrund eines Machtverhältnisses möglich wurden, z.B. in Bildungseinrichtungen durch Dozent*innen und Lehrkräfte, im Jobcenter durch Sachbearbeiter*innen oder durch Arbeitgeber*innen. Diese Meldungen verdanken wir vor allem den Kooperationspartner*innen, einige konnten wir selbst aufnehmen, sofern wir persönlichen Kontakt zu den Betroffenen hatten. In diesem Bereich ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen, da Betroffene aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses Nachteile befürchten, wenn sie diese Diskriminierungen öffentlich machen. Daher werden Vorfälle von struktureller Benachteiligung grundsätzlich stark anonymisiert (mindestens bezogen auf das Datum, ggf. auch stärker), um Rückschlüsse auf die meldenden Betroffenen zu unterbinden. Der Anstieg struktureller Benachteiligung lässt sich auf ein erhöhtes Meldeverhalten bzw. eine bessere Vernetzung mit Kooperationspartner*innen zurückführen, die potenziell von dieser Diskriminierung Betroffene beraten. *Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien* bleiben mit 22 % weiterhin ähnlich relevant und waren überwiegend rassistisch motiviert (77%),

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	



2023 wurden 15 Angriffe dokumentiert, was nach 2020 die höchste bisher erfasste Anzahl ist. Betroffen von Angriffen waren sowohl Erwachsene wie Jugendliche:

<https://www.berliner-register.de/vorfall/64220d8e-59fc-4994-9eb8-29bd61f54155/>

Kopftuch vom Kopf gerissen, getreten und rassistisch beleidigt

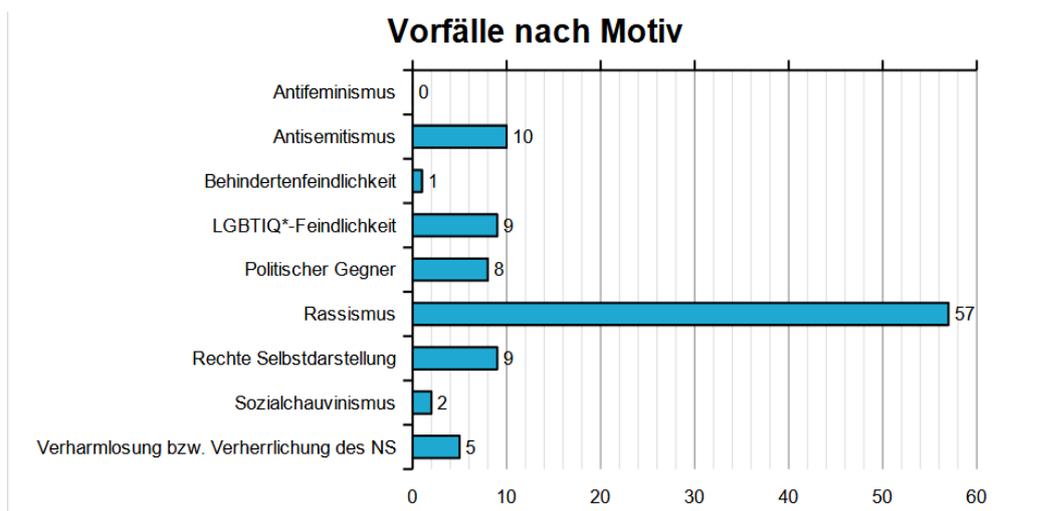
13.10.2023

Gegen 18.25 Uhr wurde eine 15-Jährige von einer unbekannt Person am Askanerring in Spandau mit den Worten angeschrien: „Drecksausländerin. Israel ist besser als Palästina. Am besten verschwindest du jetzt schnell von hier.“ Die Betroffene flüchtete sofort. Die Person folgte ihr und riss ihr das Kopftuch herunter. Im Anschluss wurde die Jugendliche dreimal ans Bein getreten. Dadurch stürzte sie zu Boden. Sie kam mit einem Rettungswagen zur Behandlung ins Krankenhaus. Quelle: Berliner Zeitung 15.10.2023, Polizei Berlin 14.10.2023 Nr. 1905

Wie an der Quelle deutlich wird, erfahren wir von Angriffen durch die Pressemitteilungen der Polizei, aber auch durch ReachOut, andere Kooperationspartner*innen, in Ausnahmefällen durch Betroffene selbst. Aus Datenschutzgründen werden diese Vorfälle stark anonymisiert weitergeleitet und veröffentlicht.

2.2 Motive der Vorfälle 2023

Grafik 2: Vorfälle nach Motiv



Gefördert durch

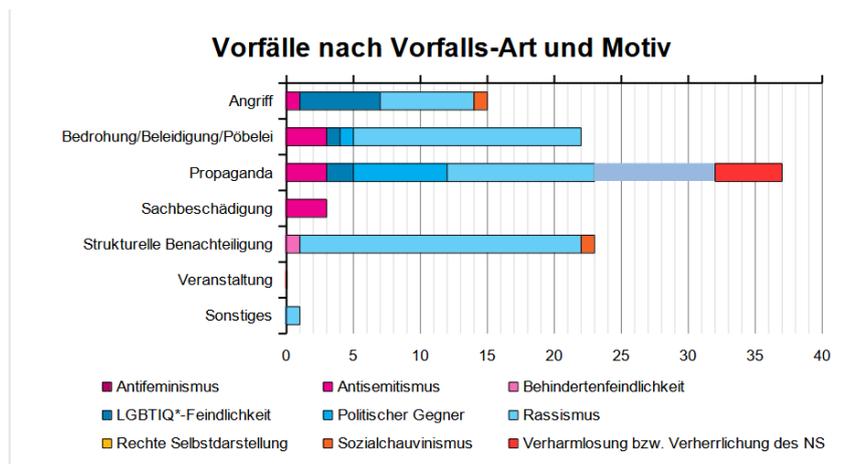
im Rahmen von

BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	



Rassismus ist nicht nur seit 2014 (Einrichtung der Registerstelle) häufigstes Vorfallsmotiv, sondern mit 56% im Vergleich zum Vorjahr auch angestiegen (2022: 46%), wobei *allgemeiner Rassismus* überwog (33%). Vorfälle von *Anti-Schwarzem Rassismus* stellten 15% aller gemeldeten rassistischen Vorfälle dar, 7% der Vorfälle waren antimuslimisch. Mehr als die Hälfte aller erfassten Vorfälle 2023 war also rassistisch motiviert, auf Rang 1 sind dabei erstmals die *strukturellen Benachteiligungen*, gefolgt von *Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien*. Menschen werden in Situationen eines Machtgefälles vorrangig aus rassistischer Motivation benachteiligt. Das Motiv Rassismus trifft auch auf 7 der 15 *Angriffe* zu, 6 *Angriffe* richteten sich gegen LGBTIQ*-Personen. In Spandau gibt es nur wenige Beratungsangebote für diese Zielgruppe, so dass wir von Angriffen aus den Pressemeldungen der Polizei erfahren, da diese im Gegensatz zu *Beleidigungen/ Pöbeleien* in der Regel angezeigt werden. Ein Angriff war antisemitisch motiviert, ein Angriff gegen eine obdachlose Person gerichtet. 10 Prozent aller Vorfälle waren antisemitisch, was die Vorfallsarten *Angriff* (1), *Propaganda*, *Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleie* und *Sachbeschädigung* (je 3) umfasst. Die *Sachbeschädigungen* betrafen auch das Mahnmal am Lindenufer (<https://www.berliner-register.de/vorfall/6a72defb-06ff-475d-91ed-3372379eead2/>).

Grafik 2: Vorfälle nach Art und Motiv



Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	



2.3 "Ortsteile" und "Tatorte" der Vorfälle 2023

Die meisten Vorfälle in Spandau wurden 2023 – wie in den Vorjahren – für den gleichnamigen Ortsteil erfasst (44%), was auch in der Höhe dem Vorjahr entspricht. Die Häufung lässt sich mit der zentralen Bedeutung dieses Ortsteils erklären: Hier befinden sich neben dem Fern-, Regional- und S-Bahnhof die Haltestellen sämtlicher Buslinien Spandaus und das Rathaus mit dem Bürgeramt, außerdem viele Behörden wie Jobcenter, Sozialamt und Gesundheitsamt. Am Werner-Salomon-Platz vor dem Rathaus beginnt die größte Fußgängerzone Berlins, die den Marktplatz und angrenzende Straßen der Altstadt umfasst und stark frequentiert ist. Wo viele Menschen einander begegnen, umsteigen oder Behördengänge und Arztbesuche erledigen, treten Beleidigungen, körperliche Angriffe oder strukturellen Benachteiligungen häufiger auf. Die Fußgängerzone wird für Info-Tische und Veranstaltungen genutzt, auch Sticker der extremen Rechten finden sich hier gehäuft.

Bei 20% der erfassten Vorfälle ist der Ortsteil nicht bekannt (Anonymisierung) oder sie sind bezirksweite Vorfälle (Internet: 4 Vorfälle).

Die übrigen Vorfälle verteilen sich auf die anderen Ortsteile, ohne dass sich ein Schwerpunkt abzeichnet. Aus Ortsteilen mit aktiven Anlaufstellen wurden etwas mehr Vorfälle als zum Beispiel aus Siemensstadt (2 Vorfälle), wo es bisher keine Anlaufstelle gibt.

Vorfälle wie Angriffe und Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien finden überwiegend im öffentlichen Raum bzw. öffentlichen Nahverkehr statt. Während diese Räume eine gewisse Anonymität für die Täter*innen bieten, sind die Tatorte struktureller Benachteiligungen von einem Machtgefälle und zum Nachteil der Betroffenen und oft die Abwesenheit von Zeug*innen gekennzeichnet.

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	



Zusammenfassung

2023 wurden in Spandau 101 Vorfälle recherchiert, gemeldet und dokumentiert. Die häufigsten Vorfälle waren dabei die überwiegend rassistischen *Propaganda*-Vorfälle (37%), erstmals gefolgt von *strukturellen Benachteiligungen* (23%) und *Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien* (22%). Die 15 *Angriffe* stellen nach 2020 die zweithöchste Anzahl dar und waren vor allem rassistisch oder LGBTIQ*-feindlich motiviert.

Häufigstes Motiv aller Vorfälle ist nach wie vor Rassismus, wobei hier die Anzahl der rassistisch motivierten Vorfälle um 10 % angestiegen ist (2022: 46%). 10 % aller Vorfälle waren antisemitisch motiviert.

Weiterhin werden die meisten Vorfälle für den Ortsteil Spandau erfasst (44%), was mit der auf diesen Ortsteil zentrierten Struktur des Bezirks erklärt werden kann.

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	